

„Schwangere haben in der Prostitution nichts zu suchen“

Die Union fordert in ihrem Wahlprogramm ein Prostitutionsverbot für werdende Mütter. In bestimmten feministischen Kreisen wird das als Auswuchs eines „patriarchalen Frauenbilds“ gewertet. Was sagen Sozialarbeiter und Gynäkologen dazu?

Diese junge Frau, sagt Wolfgang Heide, werde er nie vergessen. Sie hatte bei ihm entbunden, musste das Kind zur Adoption freigeben. Wenige Tage nach der Geburt stand sie verzweifelt in der Ambulanz des Heidelberger Gynäkologen, bat in gebrochenem Deutsch: „Mach, dass ich wieder arbeiten kann!“ Sie war im Rückstand mit ihrer Miete im Bordell.

VON CLAUDIA BECKER

Wolfgang Heide, der ehrenamtlich Prostituierte behandelt, erzählt von einer der vielen Frauen, die als Schwangere anschaffen gehen müssen. Weil sie Geld brauchen. Weil es Männer gibt, die darauf abfahren, mit Schwangeren Sex zu haben.

Die Union sieht in ihrem Wahlprogramm einen verbesserten Schutz von Prostituierten vor. CDU und CSU wollen härtere Strafen für Ausbeutung und Zuhälterei und gleichzeitig die Ausstiegsmöglichkeiten aus der Prostitution verbessern. Zudem soll Prostitution von Heranwachsenden unter 21 Jahren und von Schwangeren verboten werden – mit einer entsprechenden Bestrafung der Freier.

Seit ein paar Tagen sorgt die von der Publizistin Teresa Bücken, „Bloggerin des Jahres“, verfasste Kolumne „Moralprogramm“, die sie als Antwort auf das Unions-Programm im „SZ-Magazin“ geschrieben hat, für Aufsehen: Ein Prostitutionsverbot während der Schwangerschaft kommt für sie einem Arbeitsverbot gleich, sei sex- und frauenfeindlich. Für Bücken geht es hier um „zwei vermeintliche Tabus: käuflicher Sex und Sex in der Schwangerschaft“. Beschäftigungsverbote in der Schwangerschaft wären nur dann angebracht, wenn der Fötus oder die Frau gesundheitlich gefährdet sei. „Doch Sex in der Schwangerschaft schadet weder den aktiv Beteiligten noch dem Baby.“

Was bei einer gesunden Beziehung auf Augenhöhe der Fall ist, gelte ihrer Ansicht nach zweifellos auch bei schwangeren Prostituierten. „Solange sich eine Schwangere dabei wohlfühlt“, schreibt sie, „und keine unerwünschten

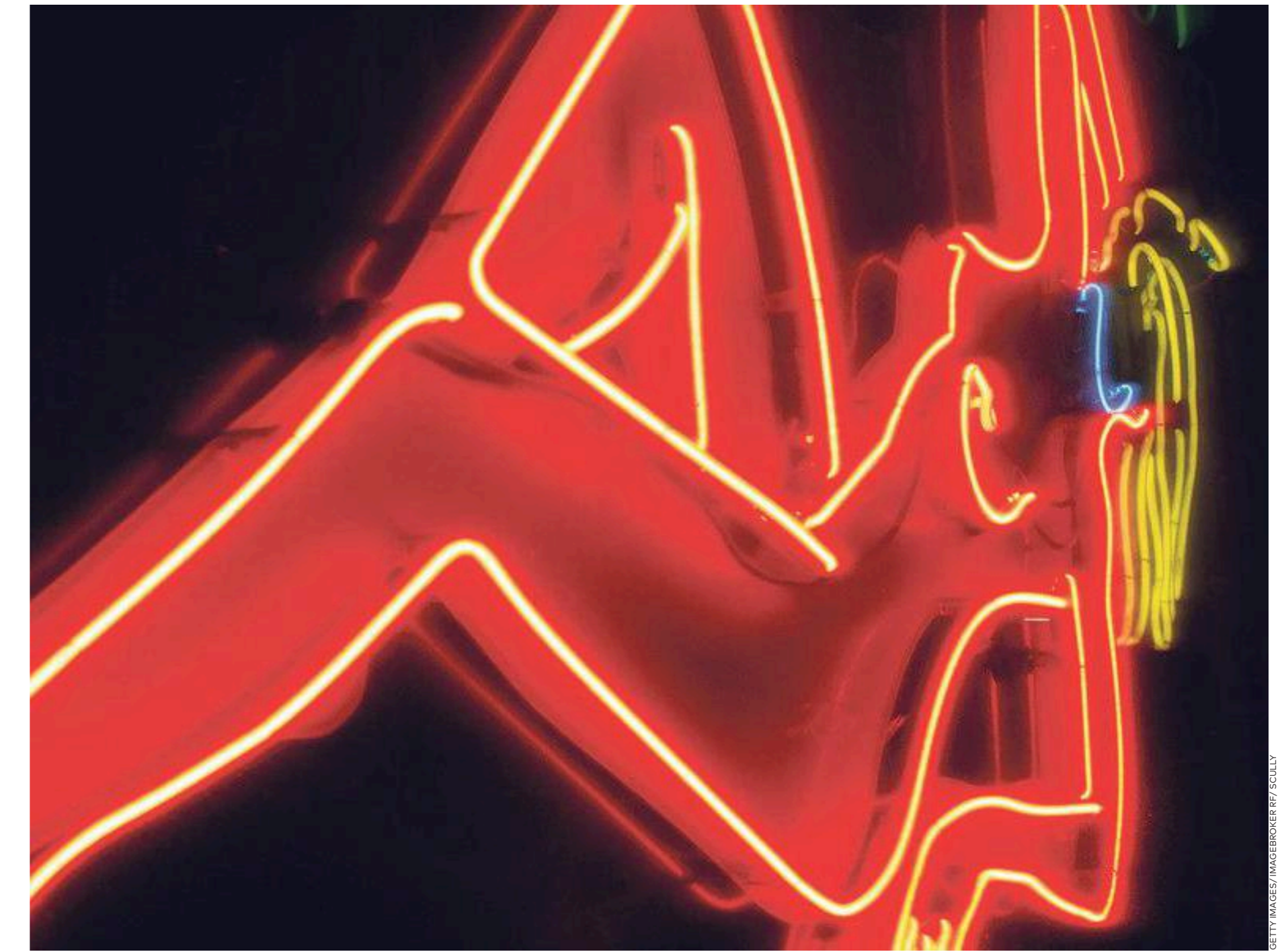
Schmerzen hat, ist Sex unbedenklich.“ Sexuelle Handlungen in der Schwangerschaft als gefährlich oder schädlich darzustellen, sei unwissenschaftlich und verweise „im Kern auf ein patriarchales Frauenbild, das Schwangeren ihre Sexualität absprechen will und die Bedürfnisse und Rechte einer Schwangeren einer moralischen Vorstellung unterordnet.“

Das feministische Magazin „Emma“ bezeichnet Bückers Plädoyer für das Recht auf Prostitution in der Schwangerschaft als „nackten Zynismus“. Auch in den sozialen Netzwerken hagelt es Kritik. Dass die Unionsparteien in ihrem Wahlprogramm vorsehen, Prostitution in der Schwangerschaft zu verbieten, ist nach Ansicht von Sabine Constabel, Gründungsmitglied und Vorsitzende des Vereins „Sisters – für den Ausstieg aus der Prostitution!“ ein guter erster Schritt. „Auch wenn die Forderungen viel weiter gehen müssen.“

„Wenn eine liberale Feministin wie Teresa Bücken behauptet, bei dem geplanten Verbot gehe es um Beschränkungen der Sexualität einer schwangeren Frau, dann zeigt sie, dass sie keine Ahnung von den menschenunwürdigen Zuständen in der Prostitution hat“, kritisiert die Sozialarbeiterin, die seit den 90er-Jahren Prostituierte betreut. „Ein größerer Beweis der Unkenntnis darüber kann man gar nicht bringen.“ Frauen, so Constabel, gingen nicht der Prostitution nach, um ihre eigene Sexualität zu leben. Prostitution bedeute: „Ein Mann kauft eine Frau zur sexuellen Benützung.“

In der Prostitution gehe es nicht um Kuschelsex. Da würden nicht die Praktiken nachgefragt, die der Sexkäufer mit seiner Frau oder Freundin erlebe. In der Prostitution gehe es zumeist um sehr brutale Praktiken, um Würgen, Schlagen, Demütigen. „Da wird nach sehr speziellen Geschichten gesucht, nach Sex mit sehr, sehr jungen Frauen, sehr alten, sehr kranken. Oder mit Schwangeren.“

Ende Juni hat der Bundestag im Kampf gegen Zwangsprostitution bereits eine Verschärfung des Strafrechtsbuches beschlossen. Danach machen sich Freier strafbar, wenn sie eindeutige



Prostitution: „Da wird nach sehr speziellen Geschichten gesucht“

Hinweise auf die Zwangslage der Frau haben. Außerdem werden für die Beratung zum Ausstieg aus der Prostitution 20 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Erste Schritte im Kampf gegen die Auswüchse eines Gewerbes, das für Sabine Constabel nichts anderes ist als ein legalisierter Sklavenmarkt. Der geringe Prozentsatz an Frauen, der freiwillig und selbstbestimmt in der Prostitution arbeite, dürfe ihrer Ansicht nach nicht rechtfertigen, dass es den meisten Frauen im Rotlichtmilieu anders ergehe. „Wir müssen uns grundsätzlich fragen, ob wir eine Gesellschaft sind, die so etwas haben möchte.“

Seit dem von der rot-grünen Regierung 2002 verabschiedeten Prostitutionsgesetz ist das Gewerbe nicht mehr sittenwidrig. Doch die Legalisierung habe die Lage der Frauen nicht verbessert, so die Kritiker. Im Gegenteil. Sie habe Deutschland zum „Bordell Europas“ gemacht. An den menschenunwürdigen Bedingungen habe auch das 2017 verabschiedete Prostituiertenschutzgesetz nichts geändert. Die Gewerkschaft Verdi schätzt, dass im deutschen Rotlichtmilieu jährlich 14,5 Milliarden Euro umgesetzt werden. An die Prostituierten, von denen die wenigsten registriert sind und deren Zahl in Deutschland schätzungsweise zwischen 100.000 und 400.000 liegt, geht nur ein kleiner Teil.

Während der pandemiebedingten Schließung von Bordellen hat eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten von Union und SPD in einem Brief an sämtliche Ministerpräsidenten ein Sexkaufverbot und Ausstiegsprogramme gefordert. Zu den Unterzeichnern gehören neben dem SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier, Mitbegründerin des Ausstiegsvereins „Sisters“ und Vertreterin des 1999 erstmals in Schweden praktizierten „Nordischen Modells“. Danach machen sich nicht die Prostituierten strafbar, sondern die Freier. Verbunden ist das Nordische Modell mit der staatlichen Finanzierung von Ausstiegsprogrammen.

Das Nordische Modell ist umstritten, auch innerhalb der Parteien nicht immer Konsens. Während die frauenpolitische Sprecherin der Linke-Fraktion im Bundestag, Cornelia Möhring, befürchtet, dass eine mit dem Nordischen Modell mögliche Illegalisierung die Opfer von Menschenhandel weniger sichtbar mache, befürwortet die Gruppe Linke für eine Welt ohne Prostitution die in Schweden entwickelte Gesetzgebung.

Sabine Constabel weist das Argument, ein Sexkaufverbot treibe Prostitution in die Illegalität, entschieden zurück. „Prostitution braucht immer Werbung. In dem Moment, in dem ein Freier von einem Angebot erfährt, erfährt es

auch die Polizei. Es ist völlig illusorisch, dass ein Bordell im Untergrund existiert.“ Das Nordische Modell sei ein sehr guter Schritt in eine andere Richtung. Sie schätzt, dass sich die Prostitution sofort um die Hälfte reduzieren würde. „Und es wäre der Beginn einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der es einfach uncool ist, sich eine Frau zu kaufen.“

Constabel verweist zudem darauf, dass schon jetzt das Ausmaß der Illegalität immens sei. Das Rotlichtmilieu sei hochkriminell. Die Polizei aber sei viel zu schlecht ausgestattet, um die riesige Prostitutionsindustrie zu kontrollieren. Das Prostituiertenschutzgesetz habe nichts verbessert. In den Bordellen seien zu fast 100 Prozent Frauen, die über keinen deutschen Pass verfügen. Ein Zimmer koste im Schnitt 180 Euro am Tag. Verdient werde das in 30-Euro-Schritten. „Für 30 Euro muss sich die Frau in alle Körperöffnungen penetrieren lassen. Das macht niemand, der die Wahl hat, freiwillig. Die Frauen, die das machen, stehen mit dem Rücken zur Wand. 18-jährige Bulgarinnen zum Beispiel, die keine Wohnung haben.“

Die wenigen deutschen Frauen in der Prostitution seien entweder Betreiberinnen, die auch davon profitieren, oder Frauen, die im Nebenerwerb der Prostitution nachgehen. Deren Situation sei aber eine komplett andere als die der

jungen Frauen aus Osteuropa, die oft von ihren eigenen Familien nach Deutschland gebracht und auf den Strich geschickt werden. In dieser Situation schwanger zu sein, sei menschenunwürdig.

Der Heidelberger Gynäkologe Wolfgang Heide hat schon im Juni 2016 in einer Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zur „Regulierung des Prostitutionsgewerbes“ im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Gesundheit im Deutschen Bundestag ein Prostitutionsverbot für Schwangere gefordert. Die Diskrepanz zwischen dem Schutz von Arbeitnehmerinnen, die ein Kind erwarten, und der Ignoranz gegenüber schwangeren Prostituierten ist für ihn bis heute nicht nachvollziehbar. „Die gesetzlichen Mutterschutzrichtlinien verbieten Nachtarbeit, eine Arbeitszeit länger als acht Stunden, Umgang mit infektiösen Materialien. Ausgerechnet das soll für die prekäre Situation der Prostitution nicht gelten?“

Allein Stress soll in der Schwangerschaft vermieden werden. „Keiner wird bestreiten, dass Prostitution Stress bedeutet“, sagt Heide. Dazu kämen Geschlechterkrankungen, die gerade in der Frühschwangerschaft zu Fehlgeburten führen können. „Für mich ist Prostitution Vergewaltigung gegen Bezahlung. Schwangere haben da erst recht nichts zu suchen.“

Konkurrenz von Rechtsaußen für Marine Le Pen

Éric Zemmour schimpft als Moderator im französischen Fernsehen über Muslime, hetzt gegen Ausländer. Nun will er offenbar bei der Präsidentschaftswahl antreten

Eigentlich ist er nur ein Journalist, aber in Frankreich trägt er den Ehrentitel *polémiste*: Éric Zemmour ist Polemiker, er sucht den Streit. Das tut der 62-Jährige in seiner Sendung des Privatsenders CNews, wo er Abend für Abend eine Stunde lang über den Untergang Frankreichs doziert. Zu verantworten haben diesen wahlweise „die Migranten“, „die Ausländer“ oder ganz gezielt „die Muslime“. Von „Ausländer-Invasion“ redet Zemmour gern und davon, dass er die rund fünf Millionen Muslime, die zum Großteil in der zweiten Generation in Frankreich leben, gerne „zurückschicken“ würde, auch wenn er zugibt, dass dies nicht ganz realistisch sei.

VON MARTINA MEISTER
AUS PARIS

Der 62-jährige Zemmour ist ein auffällig schmächtiger Mann, der in kleinen Verhältnissen in einem Pariser Vorort aufgewachsen ist. Seine jüdischen Eltern waren sogenannte *Pieds-noirs*, Franzosen, die Algerien gelebt hatten und während des Algerienkriegs nach Frankreich umsiedelten. Zemmour sei-

nerseits würde gern diejenigen vertreiben, die seine Eltern verjagt haben. Dass seine scharfe, oft eloquente Gesellschaftsdiagnose spaltet, scheint ihn nicht zu stören. Mehrfach ist er wegen Anstiftung zum Rassenhass verurteilt worden, er hat sich viele Feinde gemacht. Gleichzeitig wird er von einer Minderheit verehrt. Seine Bücher sind allesamt Bestseller. „Der französische Selbstmord“ hat sich eine halbe Million Mal verkauft. Die Zuschauerquote von „Face à l'info“ hat sich verzehnfacht, seit er die Sendung im Sommer vor zwei Jahren übernommen hat. An manchen Abenden schauen 900.000 Menschen Zemmour dabei zu, wie er ungestört predigt, nur hin und wieder unterbrochen von einer dunkelhäutigen Moderatorin, die hilflos einwirft: „Nun macht mal halblang, Jungs!“

Manche behaupten, Zemmour habe über die Jahre seine offensichtlichen Minderwertigkeitskomplexe in ein Überlegenheitsgefühl verwandelt. Dazu passt seine ausgestellte Frauenfeindlichkeit. Er sei noch nie einer Frau begegnet, so Zemmour, die ihm intellektuell überlegen gewesen sei. Inzwischen muss er sich gegen Vorwürfe sexueller

Belästigung verteidigen. Fest steht, Zemmour fühlt sich zu Höherem berufen, denn er will jetzt Präsident werden.

Noch hat er seine Kandidatur nicht offiziell gemacht, aber vieles deutet darauf hin. Im Herbst soll sein nächstes Buch herauskommen, das er dezidiert als Programm versteht. Das ist auch der Grund, warum sich sein Verlag Albin Michel von ihm getrennt hat. Zemmour wechselte seine Rolle, vom Publizisten zum Politiker, so der Verlagsleiter. Während der Regionalwahlen klebten seine Anhänger 80.000 Plakate mit seinem Foto vor die Wahllokale. „Zemmour Präsident“ stand darauf. Für alle, die Frankreichs rechtsnationale Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen – derzeit die Hauptwidersacherin von Präsident Emmanuel Macron – und ihre Partei Rassemblement National (RN) zu schwach, zu brav finden und sie für unfähig halten, ist Zemmour die Idealbesetzung.

„Die Rechte außerhalb der Mauern“ heißt seine rechtsextreme Sammlungsbewegung, die bislang wenig Erfolg hatte. Auch Zemmour ändert daran vorerst nichts. Laut Meinungsumfragen würden fünf Prozent „mit Sicherheit“ für

den Fernsehmann stimmen. „Das ist keinesfalls lächerlich“, sagt Frédéric Dabi, Direktor des Meinungsforschungsinstituts Ifop. „Er hat deutliches Potenzial.“ Und sollte er tatsächlich antreten, sind nach einer jüngsten Umfrage 18 Prozent der Befragten bereit, für Zemmour zu stimmen. Das sind fünf Prozentpunkte mehr als noch im Februar. „Im Augenblick nimmt er dem RN noch keine Stimmen weg“, so Dabis Analyse, aber das könne sich schnell ändern. „Für Le Pen steht einiges auf dem Spiel“, so Dabi.

Im Augenblick tut Marine Le Pen noch so, als störe sie die Konkurrenz von Rechtsaußen nicht. „Zemmour nimmt den Konservativen und Besserverdienern Stimmen weg, nicht mir“, sagte sie selbstsicher auf dem Parteitag Anfang Juni in Perpignan. Ob dieses Narrativ Bestand hat, wird sich zeigen. Zemmour nutzt derweil jede Gelegenheit, Le Pen zu attackieren. „Marine Le Pen ist links. Sie hat linke Reflexe“, kritisierte Zemmour die Rechtspopulistin schon 2017, nachdem sie die Wahl verloren hatte. Inzwischen ist beim Rassemblement National von einem „Nichtangriffspakt“ die Rede.

Zemmour ist ein Reaktionär, wie er im Buche steht. Er ist für die Schuluniform und findet, dass man zu viel über die Konsequenzen des Klimawandels rede, nicht über dessen Ursachen. „Das Problem mit dem Klima ist die Explosion der Geburtenrate in Afrika und Asien“, behauptet er. In den vergangenen Jahren ist er zum prominentesten und einflussreichsten Verfechter der Verschwörungstheorie der „großen



Extreme Positionen: Éric Zemmour, 62, bezeichnet Marine Le Pen als Linke

Umvolkung“ geworden. Man kann nicht behaupten, dass er das *grand remplacement* in Frankreich salonfähig gemacht hat, aber zu großer Aufmerksamkeit hat er dieser These verholfen.

Zemmour mag sich als chancen- und parteiloser Durchstarter sehen, ähnlich wie Macron 2017. Wie damals dessen Sieg scheint auch der Zemmours undenkbar. Mit einem Unterschied: Zemmour ist in Frankreich schlicht nicht mehrheitsfähig. Aber als Verfechter eines archaisch-gaullistischen Frankreichs ist er ein Symptom. Er steht für jenen Teil der Gesellschaft, der sich Frankreichs alte Größe zurückwünscht. Diese national-identitäre Linie ist nicht neu. Neu ist, dass Zemmour sie komplett schamlos fährt, wenn er beispielsweise behauptet, durch die Kollaboration des Vichy-Regimes habe Philippe Pétain Frankreichs Juden gerettet. Auch singt er Loblieder auf den rechtsextremen Schriftsteller Charles Maurras. „Die Franzosen mögen diese Rechte, sie erkennen sich in ihr wieder, sie sehnen sich nach ihr“, merkt der Essayist Sylvain Fort an. Bald wird sich zeigen, ob sie mit dieser Sehnsucht nur liebäugeln – oder wie ernst es ihnen ist.